

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben. Redaktion: SW. 68, Cindencstraße 3. Fernsprecher: Dönhoff 292-293. Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin.

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

5 Pfennig

Mittwoch

13. Mai 1925

Verlag und Anzeigenabteilung: Gesellschaft 9-5 Uhr. Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH, Berlin SW. 68, Cindencstraße 3. Fernsprecher: Dönhoff 2508-2502.

## Hausfuchung im „Vorwärts“.

### Uebergriffe der Staatsanwaltschaft.

Heute morgen erschienen in der Redaktion des „Vorwärts“ drei Kriminalbeamte, um im Auftrag der Oberstaatsanwaltschaft eine Durchsuchung des Arbeitszimmers und des Schreibzimmers unseres verantwortlichen Redakteurs, des Genossen Reuter, vorzunehmen. Seit 1908 hat in den Räumen des „Vorwärts“ keine Hausfuchung mehr stattgefunden.

Warum diese Hausfuchung? Lag die Gefahr vor, daß Beweismittel verschwinden könnten, die dem Nachweis dienen, daß die Redaktion des „Vorwärts“ ein Verbrechen oder Vergehen begangen hat? Ach nein, nicht einmal eines einfachen Vergehens wird der verantwortliche Redakteur des „Vorwärts“ beschuldigt, sondern nur einer Uebertretung preßpolizeilicher Vorschriften!

Die Oberstaatsanwaltschaft sucht nach dem Original einer Berichtigung, deren Abdruck die Redaktion des „Vorwärts“ ablehnte, da sie den Anforderungen des Preßgesetzes nicht entsprach. Die Oberstaatsanwaltschaft hat in Abwesenheit des verantwortlichen Redakteurs des „Vorwärts“ seine Wohnung nach dieser Berichtigung durchsuchen lassen. Sie hat heute durch drei Kriminalbeamte in den Räumen der „Vorwärts“-Redaktion hausfuchen lassen.

Aber es handelt sich um eine Berichtigung des deutschen Nationalen Herrn v. Kries. Der „Vorwärts“ hatte ihm Beziehungen zur Scharlachband nachgesagt. Herr v. Kries sandte eine Berichtigung. Sie entsprach nicht den Anforderungen des Preßgesetzes. Trotzdem veröffentlichte der „Vorwärts“ sowohl die Tatsache als auch den wesentlichen Inhalt der Berichtigung. Herr v. Kries aber stellte Straf-antrag, weil dem § 11 des Preßgesetzes formell nicht genügt sei. Die Staatsanwaltschaft leitete die Voruntersuchung ein. Der verantwortliche Redakteur des „Vorwärts“ wurde vernommen. Er gab zu Protokoll, daß er die Berichtigung erhalten, den Abdruck aber berechtigterweise abgelehnt habe.

Die Staatsanwaltschaft weiß, daß die Berichtigung der „Vorwärts“-Redaktion zugegangen ist. Sie kennt die Stellungnahme der „Vorwärts“-Redaktion. Sie kennt auch den Inhalt der Berichtigung, die sie zugleich mit der Strafanzeige erhalten haben muß, da sie sonst keine Untersuchung hätte einleiten können und dürfen.

Wozu die Hausfuchung? Wir möchten erfahren, auf Grund welcher Bestimmungen der Strafprozessordnung sich die Staatsanwaltschaft zur Anwendung dieser Untersuchung für berechtigt hielt.

Der Paragraph 105 der Strafprozessordnung schreibt vor: „Die Anordnung von Durchsuchungen steht dem Richter, bei Gefahr im Verzug auch der Staatsanwaltschaft zu.“

Wo ist hier, wo es sich um die angebliche Uebertretung einer preßpolizeilichen Vorschrift handelt, „Gefahr im Verzug“? Diese Durchsuchung ist ein Uebergriff. Sie ist eine Schikane gegen die Presse. Sie ist ein Glied in der Kette der Uebergriffe, die sich die Berliner Staatsanwaltschaft seit einem halben Jahre hat zuschulden kommen lassen, ohne daß die zuständige Zentralbehörde eingeschritten wäre.

Diese Uebergriffe sind System. Die Staatsanwaltschaft fühlt sich als politische Behörde. Sie ergreift Partei. Sie weitet ihre Befugnisse aus, sie überschreitet ihre Befugnisse, ohne daß sie zur Ordnung gerufen wird.

Die rechtsgerichteten Staatsanwälte, die die Voruntersuchung in der bekannten Standaalaffäre geführt haben, arbeiten als Bundesgenossen der rechtsgerichteten Standaal-schreiber. Gedankenlos und rücksichtslos setzen sie sich über alle Rechtsgarantien hinweg. Sie schieben die Vorschriften, die die Rechte und Freiheiten des Staatsbürgers schützen, beiseite. Für sie gibt es kein Recht mehr. An die Stelle des Rechts tritt Willkür — die Willkür hemmungsloser, karriere-lusterner, politisch rechtsstehender Staatsanwälte.

Diese Durchsuchung ist ein Glied der Kette, die seit einem halben Jahre gegen die Sozialdemokratie geführt wurde. Nie ist der parteipolitische Charakter der Betätigung der Staatsanwaltschaft so klar zutage getreten, wie in diesem Falle, der von einer Lappalie seinen Ausgang nimmt.

Diese Durchsuchung wirkt aber auch wie ein Racheakt. Die Staatsanwaltschaft ist durch unsere Feststellungen über ihre Methoden und Uebergriffe getroffen. Sie mißbraucht ihre Stellung, um aus Rache die Presse zu schikanieren.

Wie lange soll dieser Standaal weitergehen? Die Uebergriffe der Staatsanwaltschaft zerschlagen alle Rechtsgarantien. Sie diskreditieren die Justiz. Sie setzen an die Stelle der Rechtsprechung eine willkürliche Feme.

Die Berliner Staatsanwaltschaft ist zu gründlicher Untersuchung und zu gründlicher Säuberung reif. Der Fall Kries muß geklärt werden. Der Tod Hoffes hat unerhörte Zustände aufgedeckt. Es ist höchste Zeit, daß die zuständige Zentralbehörde aus ihrer lethargie erwacht und dem Standaal ein Ende macht.

## KPD.-Opportunismus.

### Gegen Vortraditionalismus. — Für Kompromisse und Manöver.

Durch die Hindenburg-Thälmann-Wahl ist die schleichende Krise in der KPD. akut geworden. Wieder einmal werden Parolen gemischt und Führergarnituren abgesetzt. Die Säge wird auch diesmal von Ruth Fischer gehandhabt, aber nicht mehr gegen die „Rechten“, wie Thalheimer und Brandler, sondern gegen die „Linken“, wie Scholem und Kakh.

Schon der Aufruf des Zentralschusses vom 10. Mai wandte sich mit größter Schärfe „gegen alle, die versuchen, sei es aus Unverstand, sei es aus bösem Willen Verwirrung in die Partei zu tragen“.

Er gab zu, daß „Fehler gemacht“ worden seien, und daß man nicht vermocht habe, „die Richtigkeit unserer Politik den Massen verständlich zu machen“. Schließlich wurde eine Wendung der Taktik, namentlich in Preußen, mit folgenden Worten angekündigt:

In einer Situation, wo unsere Partei das Jünglein an der Wage zwischen einer Rechts- und einer sogenannten Linkenregierung bildet, ist es durchaus zulässig, und unter bestimmten Verhältnissen geboten, eine solche Parliamentspolitik zu betreiben, daß wir der „Links“-Koalition gegen der Rechtskoalition die Existenz ermöglichen.

Die „Rote Fahne“ veröffentlicht nun einen Bericht über die Tagung des Zentralschusses selbst. In dieser erklärte der Vertreter des Exekutivkomitees zur Preußenfrage, daß es „unter gewissen Bedingungen, unter denen eine Entlarvung und eine Zerlegung der Bourgeoisie erreicht werden kann, zweckmäßig ist, sich der Stimme zu enthalten“. Die Wahl Hindenburgs, sagte er weiter, sei der „Vorposten eines reaktionären Angriffs auf Sowjetrußland“. Hätten dann die Kommunisten nicht erst recht Anlaß gehabt, diese Wahl nicht zu fördern, sondern zu verhindern?

Der Vertreter der Zentrale beflagte die begangenen Fehler. Man hätte sich bereit erklären müssen, die Thälmann-Kandidatur unter bestimmten Bedingungen zurückzuziehen. „Wie ganz anders“, jammerte er, „stünden wir dann nach der Wahl Hindenburgs da!“ Heute aber heiße es, die Kommunisten seien „die Verbündeten der Reaktion“, und man habe es „nicht verstanden, dieses Argument den Gegnern aus dem Munde zu schlagen“. Folgerung: rechtsum marsch! Bedenken gegen diese Wendung suchte der Vertreter der Zentrale folgendermaßen zu beschwichtigen:

Man fragt uns: Wo sind die Grenzen eurer Politik? Sagt uns konkret, wie weit wollt ihr gehen. Bis hierher ist es ganz schön, aber was steck dahinter? Solche Fragen verraten einen wirklichen Opportunismus. Ueber Kompromisse und Manöver gibt es kein Schema. Man kann nicht eine Tabelle aller möglichen Manöver, die noch kommen werden, machen. Opportunismus heißt nicht nur, den Opportunismus in der Vergangenheit kopieren, sondern ihn praktisch anzuwenden auf die neuen Fragen der Gegenwart. Wo sind die Grenzen des Opportunismus? Es gibt kein Mittel gegen ihn, als unbedingt auf der Grundlage des Leninismus zu stehen und ihn anzukämpfen. Man kann weiter sagen, organisatorisch gibt es noch die Bindung mit der KPD. Das Zusammengehen mit ihr ist die zweite Garantie gegen den Opportunismus. Die Genossen in Rußland sind ein bißchen erprobt. Wir sind noch sehr wenig erprobt, darum sollen wir viel stärker gemeinsam mit der KPD. gehen.

Nach dieser Berufung auf die Stützung des neuen opportunistischen Kurles durch Moskau wandte sich der Vertreter der Zentrale scharf gegen die „ultra-linken Tendenzen“. Man werde „nicht erlauben, daß irgendein Mißtrauen in die Partei hineingetragen wird“, sondern „sehr rasch diese Störenfriede zur Ordnung rufen“.

Gegen diese Störenfriede wendet sich auch Ruth Fischer in der „Roten Fahne“, mit einem Leitartikel, in dem es heißt:

Aber die Partei muß gleichzeitig lernen, eines der schlimmsten Erbsisse der alten Brandler-Zeit über Bord zu werfen: das ist jener Vortraditionalismus, jenes blutrünstige Geschwätz, bei dem man die konkrete Situation überhört, jenes Lügen der Mißliebigen über die wahre Lage der Arbeiterklasse in Deutschland, jene verhängnisvolle Vorstellung, als ob man ohne klares Aussprechen dessen, was ist, die Arbeiter weiterbringen könnte.

Das sind ja ganz nette Geständnisse! Aber wird die Sozialdemokratie nicht auch heute noch wegen ihres Kampfes gegen diese vortraditionale Täuschung der Arbeiterklasse als „bürgerliche Arbeiterpartei“ und „Verräterin am Proletariat“ behandelt? Wenn man jetzt plötzlich umkippt und Kompromisse und Manöver, Opportunismus ohne Grenzen predigt, so geschieht ja auch das nur eingeständenermaßen zu dem Zweck, in die Reihen der sozialdemokratischen Arbeiter Verwirrung zu tragen. Das Mißtrauen, das man sich im eigenen Lager verhilft, wird als Exportartikel behandelt, und man sucht sich unter der Maske des Kampferturns gegen den Monarchismus in das sozialdemokratische Lager einzuschleichen.

Diese ganzen Manöver, dieser Opportunismus ohne Grenzen ist weiter nichts als ein letzter Versuch, das schnell sinkende und heftig schwankende Schiff der KPD. über Wasser zu halten. Er wird mißlingen.

## Mussolini als „Allumfassender“.

Rom, im Mai 1925.

„Ich danke, ich stille selbst“ — soll, einem schändlichen Berliner Bild zufolge Wilhelm der Zweite in seiner Blütezeit einmal geantwortet haben, als man ihm eine Umme anbot. Er wirkte damals, außer als Kaiser, als Bildhauer, Maler, Dichter, und es erschien also nicht weiter verwegen, wenn er sich auch die Berichtigungen einer Umme zutraute. Was würden aber die Berliner erst für Bihe reifen, wenn es ihnen vergönnt wäre, sich von Mussolini regieren zu lassen! Gegen den ist ja der verlassene Wilhelm nur ein Waisenknecht. Das „Risorgimento“ meldet, daß Mussolini interimistisch das Ministerium der Marine übernehmen werde. Zurzeit ist er Ministerpräsident, Minister des Auswärtigen, Generalkommissar für Luftschiffahrt und Kriegsmarine, außerdem schreibt er Lustspiele, ist Heerführer der faschistischen Partei, oberster Befehlshaber der Miliz und seiner Ansicht nach, die sich freilich nicht mit der der Verfassung deckt, auch oberster Befehlshaber aller bewaffneten Macht des Landes von Machiavelli-Studien, Chauffeurkünsten und Löwenbändigeren ganz zu schweigen. Es geht offenbar auch ohne ererbte Monarchie. . . . Der böse „Becco Gallo“ brachte neulich eine Karikatur, in der Mussolini den Minister rat eröffnet: um den Tisch sitzen lauter Mussolinis, nachdenklich auf das Portfeuille des Unterrichts gebückt, kampfbereit von dem der öffentlichen Arbeiten ausschauend, sorgenschwer mit dem der Volkswirtschaft beschäftigt. Ein einziger Mann als Minister für alles, eine einzige Partei als Herr über alles; damit die Sache nicht etwa eintönig werde, haben wir zum Glück zweierlei Recht.

Auch ehe man die von Farinacci geplante Justizreform, die für die an Faschisten begangenen Vergehen die Todesstrafe, das Zwangsdomizil und die Verbannung einführen will, durchgeführt hat, fangen die Herren Geschworenen an, zu begreifen, daß man es mit der strafrechtlichen Ahndung beim Umbringen von Nicht-Faschisten nicht so genau nehmen soll. Wir haben da unlängst einen zweiten Freispruch nach dem Vorbild des Fallo Regazzi gehabt. Wieder handelte es sich um einen Mord in Modinella, wieder haben die Geschworenen von Bologna den Wahrpruch gefällt. Das Opfer war auch diesmal ein Sozialist, Genosse Galani, der Präsident des Schwurgerichts wie der Oberstaatsanwalt waren die gleichen. Galani wurde am 6. April, am Tag der Parlamentswahlen, beim Verlassen des Wahllokals auf offenem Markt durch zwei Knüttelhebe niedergestreckt. Man ließ den Sterbenden liegen, bis ihn zwei vierzehnjährige Burken wegtrugen, die als faschistische Werkzeuge weigerten sich, ihm beizuhelfen, so daß Galani mit zerschmetterter Schädelbede nach Bologna geschafft werden mußte, wo er bald nach der Ankunft starb. Mehrere Personen hatten den Mord gesehen und den Mörder erkannt. Sie waren, wie der Staatsanwalt sagte, heldenhaft genug, Zeugnis abzulegen, was die sichere Unwahrheit auf schwerste Mißhandlung bedeutet. Trotzdem der Tatbestand des Verbrechens mit absoluter Gemisheit festgestellt war, wurde der Faschist freigesprochen und im Triumph auf den Schultern durch die Stadt getragen. Ganz wie im Falle Regazzi. Nachdem Genosse Vabriola als Vertreter der Angehörigen des Getöteten gesprochen und die Anklage begründet hatte, sagte der Oberstaatsanwalt zu ihm: „Es ist besser, daß Sie abreifen. Hier gibt es keine Gerechtigkeit mehr.“ Wenn es in einem Lande so weit kommt, daß man ein Held sein muß, um vor Gericht gegen die herrschende Partei zu zeugen, und als Rechtsanwalt keines Bleibens hat, nachdem man einen Verbrecher dieser Partei Verbrecher genannt, dann ist der Boden dieses Landes mit Drachensaat bestellt.

Auch die Faschisten sehen in diesen Prozessen in der Provinz nicht einen Selbstzweck. Wenn es ihnen bloß um die Befreiung der Thron zu tun wäre, wäre es ja viel einfacher, sie der Verhaftung zu entziehen. Die Freisprechungen notorisch schuldiger Faschisten bereiten den Boden für den Freispruch der Mörder Matteotti. Das konnte man in Bologna immer wieder hören. In der Tat ist nicht einzusehen, warum der sozialistische Wähler Freiwill sein sollte, dem man ungestraft den Schädel einschlagen darf, während der Mord eines sozialistischen Abgeordneten geführt wird.

Aber der Prozeß Matteotti sollte doch überhaupt nicht vor die Affissen kommen? Der Senat als oberster Gerichtshof sollte ihn, im Anschluß an den Prozeß gegen de Bono anfordern. Den neuesten Informationen zufolge, die nicht beschlagnahmte, also offiziös sind, wird aber de Bono in der Voruntersuchung freigesprochen, so daß die ganze Angelegenheit an ihren natürlichen Richter, an die Geschworenen Roms zurückfällt. Aber die Geschworenen Roms sind nicht zuverlässig. Um Geschworenen faschistische Disziplin beizubringen, braucht man das Milieu einer kleinen Stadt. Also kommt der Prozeß Matteotti — immer auf Grund der nicht beschlagnahmten Information — vor die Affissen von Macerata (Marken), denen man schon klar machen wird, daß Matteotti eines natürlichen Todes gestorben ist. Im faschistischen Sinne war es in der Tat „unnatürlich“, daß man ihn so lange hatte leben lassen; es ist Zeit, daß dieser Mensch nicht mehr redet.“ sagte eine hochgestellte Person nach Matteotti's Kammerrede vom 30. Mai. In der Tat hat „dieser Mensch“ nie wieder geredet.

Die faschistische Presse kann sich nicht genug tun über den Mord zu reden. Offenbar hatte sie zum 1. Mai eine Revolution bestellt. Der Frieden war nicht übertrieben. Auf die Frage, warum er nicht arbeite, antwortete ein Maurer in Rufocco bei Mailand „weil heute Festtag ist“. Diese Anf-



wort führte zu der Schießerei, bei der der Wirt der Wirtschaft erschossen, ein Arbeiter schwer verwundet wurde. Die kleinen Gewalttaten sind nicht zu zählen. Einem Handwerker in Bologna, der am 21. April gearbeitet und am 1. Mai gefeiert hatte, hat man die Werkstatt mit allen Geräten verbrannt, mit einem Sachschaden von 8000 Lire. In Rom sind die Vandalen das drittelmal in das Lokal unseres Parteivorstandes gedrungen, haben aber diesmal wenig Beute gemacht. Uebrigens haben in Mailand, einer Enquete des liberalen „Corriere della Sera“ zufolge, 50 Proz. der Arbeiter gefeiert, gegen 20 Proz. im Vorjahre. In Rom hatte man den Chauffeuren der Autodroschken, bei Strafe der Entziehung der Lizenz, zur Pflicht gemacht, am 1. Mai zu arbeiten. Derartige kleine Gesetzesbeugungen sind unzählige geschehen. Die „Giustizia“ hat recht, wenn sie ein Wort Mussolinis aus früheren Zeiten anführt, als ihm der „erste Mai“ zu friedlich und hausbacken war und er forderte, man müsse ihn entweder abschaffen oder zu seinem früheren Geist zurückführen. Unser Zentralorgan meint, er hätte beides vollbracht: offiziell ist die Feiertage abgeschafft, ihrem Geiste nach ist sie auf die ersten Zeiten der Gläubigkeit und des Opferwillens zurückgekommen.

Am Beschlagnahme ist man weiter unermüdlich, so daß sich die politischen Ereignisse nur lückenweise in den Köpfen widerspiegeln würden, wenn nicht die Idee Eintönigkeit von Gewalt, Großmächtigkeit, was sich in der Feuerung und sinkender Valuta es erlaubt, auch eine tagelange Unterbrechung der Nachrichten ohne Aufwand an Phantasie wahrheitsgetreu zu ergänzen. Das Mailänder Bißblatt „Il Cafe“ hat seine Veröffentlichungen eingestellt: von 14 Nummern wurden 7 beschlagnahmt, viermal wurde das Blatt verworfen, einmal sein Redakteur von der Präfektur verworfen, eine zweite Beanstandung stand bevor. Das wurde des Wikes zuviel. Hoffentlich wird nun Mussolini bald Justizminister.

## Unzufrieden!

### Die Hugenberg-Presse gegen Hindenburg.

Die Hugenberg-Presse ist unzufrieden. Unzufrieden mit dem Bekenntnis Hindenburgs zur republikanischen Verfassung. Unzufrieden mit dem Bekenntnis Hindenburgs zur Volkssouveränität. Unzufrieden mit dem Eid auf Schwarz-Rot-Gelb.

Weil sie unzufrieden ist, greift sie zu Fälschung und Beschimpfung. Sie fälscht die Ansprache Hindenburgs im Reichstag. Hindenburg hätte ausgeführt:

„Beide, Reichstag und Reichspräsident, zusammen erst bilden die Verkörperung der Volkssouveränität, die die Grundlage unseres gesamten heutigen Verfassungslebens bildet.“

Die Hugenberg-Presse, „Tag“ und „Lokal-Anzeiger“, hat diesen Satz in folgender Form wiedergegeben:

„Beide zusammen erst bilden die Grundlage unseres gesamten heutigen Verfassungslebens.“

Die Hugenberg-Presse hat das Bekenntnis zur Volkssouveränität unterschlagen.

Sie beschimpft die Reichsstarben. Der „Tag“ schreibt:

„Nur Löbe hat, wie immer, sein schwarzrotgelbes Reichsbanner abzeichen angelegt. Sein Flak ist heute mit einem riesigen schwarzrotgelben Tischuch bedeckt, flankiert von Horten auf den Tisch der Schriftführer.“

Die Reichsstarben, auf denen der Präsident den Eid auf die Verfassung ablegt, ein schwarzrotgelbes Tischuch.

Wollten die Herrschaften, die aus Unzufriedenheit fälschen und schimpfen, zu verstehen geben, daß Hindenburgs Worte und Hindenburgs Eid nicht wörtlich zu nehmen seien?

Hätten sie ein Bekenntnis „wie ich es auffasse“ erwartet?

### Ausländische Pressestimmen.

New York, 13. Mai. (Funkspruch WTB.) Bei Besprechung der Tageszeitung v. Hindenburgs sagt „Sun“, Hindenburg habe gelobt, daß er den Willen des deutschen Volkes achten werde, und er verkünde jetzt vor aller Welt, daß es sich hierbei um ein Gelübde handele, das er erfüllen werde. „Evening Post“ erklärt, ob Deutsch-

land von Hindenburg oder Ebert regiert werde, das von den Junkern erträumte goldene Zeitalter lehre nicht wieder. Die Welt sei vorwärts geschritten seit 1918 und mit ihr habe sich auch Deutschland geändert.

New York, 13. Mai. (Zit.) Der Berliner Korrespondent der „World“ erklärt, man sei allgemein überzeugt, daß Hindenburg fähig sein werde, die Republik gegen jede innere Gefahr zu schützen. Alle wären von den reinen Absichten Hindenburgs durchdrungen. Der Korrespondent des „Herold“ unterstreicht den religiösen Ton in der Rede Hindenburgs, wie überhaupt sämtliche Zeitungen auch in ihren Ueberschriften auf die Aufnahme der religiösen Formel in den Eid hinweisen. Viele Blätter bringen als Hauptüberschrift Hindenburgs Gelübnis, loyal die Republik zu schützen, sowie die „ritterlichen Worte“ über die Verdienste des verstorbenen Reichspräsidenten Ebert.

Wien, 13. Mai. (Zit.) Die „Neue Freie Presse“ schreibt: Hindenburg zeigte in seinen Antrittsreden den Wunsch, zu beweisen, daß er nicht nur der Erwählte des halben Deutschlands sein will, sondern der Vertrauensmann des ganzen. Seine Erklärungen haben auch viel getan, um manche Sorge zu zerstreuen, und wir hoffen, daß die weiteren Erfahrungen den guten Eindruck des ersten Tages bestätigen werden. Mit besonderer Genugtuung begrüßen wir vor allem in Oesterreich die herzlichen Worte, die Hindenburg in seiner Kundgebung den Deutschen außerhalb des Reiches gemeldet hat.

## Bazillenkult.

### Justizauschreitungen in Württemberg.

Von unserem Stuttgarter Korrespondenten wird uns geschrieben: Am 5. Mai wurde der Landtagsabgeordnete Genosse Dr. Kurt Schumacher, Redakteur an der „Schwäbischen Tagwacht“, vom Großen Schöffengericht Stuttgart I wegen Verleumdung des damaligen Abgeordneten und jetzigen württembergischen Staatspräsidenten Bazille zu drei Monaten Gefängnis verurteilt. Der Landtag hatte für diesen Fall die parlamentarische Immunität aufgehoben, angeblich um Bazille Gelegenheit zu geben, sich von den gegen ihn erhobenen sachlichen Vorwürfen zu reinigen. Bazille hat von dieser Gelegenheit sachlicher Auseinandersetzung keinen Gebrauch gemacht, sondern es dem Gericht überlassen, die Situation zu einem politischen Tendenzurteil überhefter Art auszunutzen.

In Württemberg ist eine förmliche Verfolgungsepidemie gegen sozialdemokratische Redakteure ausgebrochen, die es wagen, an der Gottähnlichkeit des Hauptstaates zu zweifeln, der von den schwäbischen Nationalisten zum Hort ihrer völkischen Belange kreiert worden ist. Aus der Rede, die der Genosse Keil im Reichstag nach der ungeheuerlichen Verleumdung der Rathenau-Mörder durch den Reichstagsabgeordneten Bazille gehalten hat, ist ein ganzer Kattenkönig von Prozessen entstanden, in dem bis jetzt allein von der „Schwäbischen Tagwacht“ drei Redakteure zu Gefängnis, b. z. m. hohen Geldstrafen verurteilt worden sind. Keil hatte dem Hüter der nationalen Moral, Bazille, einmal den eigenen Sündenpiegel vor Augen gehalten und dabei festgestellt, daß Bazille außer dem Gehalt als württembergischer Regierungsrat, dessen Stellung er übrigens wegen Innehabung eines Mandats zur verfassunggebenden Landesversammlung nicht ausübte, noch das Gehalt seiner Position als Präsident der Provinz Limburg bezogen hatte, trotzdem er mit den Abwicklungsgeschäften nur noch ganz geringfügig zu tun hatte. Bazille hatte keiner seiner vorgelegten Behörden Mitteilung davon gemacht, daß er auch für die andere Behörde amtierte bzw. von ihr Gehalt beziehe. Die „Schwäbische Tagwacht“ hatte daraufhin an Hand der Tatsachen festgestellt, daß sämtliche objektiven Tatbestandsmerkmale des Betrugs vorhanden, die Frage nach der subjektiven Seite des Delikts aber offengelassen. Außerdem hatte sie noch die Werturteile führender Staatsmänner des königlichen Württembergs und einzelner hervorragender Politiker wiedergegeben, gegen die der Berufssapportelle Bazille als Jungliberaler in der Vortriebszeit in schärfster Fronde gestanden hatte. Bazille hatte sich damals gehütet, gegen diese Leute vorzugehen, sondern nur vorsichtig genug, erst ihren Tod abzuwarten, um sich 12 Jahre später auf Kosten der „Schwäbischen Tagwacht“ als tadelloser Ehrenmann zu gebärden.

Das Gericht muß Bazille nach Kräften rein. Sein Standpunkt ändert sich überhaupt von Prozeß zu Prozeß. Jedesmal mehr stellte es das Behalten von Bazille als selbstverständlich und richtig dar, um sich jetzt in dem letzten von prozeduralen Mängeln strotzenden Verfahren mit der Handlungsweise Bazilles völlig zu identifizieren.

Damit nicht genug, ist das Gericht jetzt in eine Freiepoletik gegen den Genossen Dr. Schumacher eingetreten. In dem Prozeßbericht der „Schwäbischen Tagwacht“ war das Urteil als ein politisches Tendenzurteil bezeichnet worden. Dagegen protestierte der Vorsitzende des Schöffengerichts, der sachlich ganz unzulängliche Amtsgerichtsrat Bockhammer, der lediglich das Werkzeug seines deutschnationalen Berichterstatters, des Amtsgerichtsrats Hügel ist, in einem mehr als spaltenlangen Artikel, den er an die gesamte bürgerliche Presse versandt hat. Er gibt an Hand der Akten die „Gründe“ der Verurteilung an, die ihm im „Tagwacht“-Bericht nicht ausführlich genug wiedergegeben sind. Dieses standlose und im deutschen Rechtsleben unerhörte Verhalten wird dadurch noch verschärft, daß er in Wahrheit sich mit der materiellen Begründung der Verurteilung gar nicht abgibt und das angebliche Vorhandensein der objektiven Tatbestandsmerkmale des Betruges nicht erörtert, sondern sich lediglich in einer Herabsetzung der Person des Gen. Dr. Schumacher gefällt.

Ein Urteil, das von derartigen Richtern gefällt ist, zeigt in Verbindung mit der richterlichen Polemik nach der Urteilsfällung nicht nur, wie wenig objektiv die Richter sind, sondern auch, daß sie gar keinen Wert darauf legen, für objektiv gehalten zu werden. Die Dinge machen sich jetzt in Württemberg zu einem Justizskandal größten Umfanges aus.

## Völkisches Dreigestirn.

### Ludendorff allein auf weiter Flur.

Am 7. Dezember kehrten von den im Mai v. J. gewählten völkischen Reichstagsabgeordneten nur noch 14 wieder. Ihre „große Erneuerungsmission“ haben sie bisher nicht erfüllen können. Deshalb haben sie sich vorläufigermaßen in drei Gruppen eingeteilt, von denen jede ihr eigenes Programm und ihre eigene Taktik hat.

Zur ersten Gruppe, die sich „Deutschvölkische Freieheitspartei“ nennt, zählen die Abgeordneten von Graf (Mecklenburg), Henning, Ruhe, von Ramin, Graf Reventlow, Schröder (Mecklenburg), Seiffert, Stöhr, Weidenhöfer.

Zur zweiten Gruppe, die unter dem Namen „Nationalsozialistische deutsche Arbeiterpartei“ auftritt, rechnen sich die Abgeordneten Dietrich (Franken), Feder, Dr. Fried (München) und Straßer.

Bei der letzten Gruppe, die keinen Namen mehr hat und nur als „bei keiner Partei“ im Handbuch des Reichstags verzeichnet ist, steht ein auf weiter Flur Erich Ludendorff, General der Infanterie a. D. (München).

So vergeht die Herrlichkeit der Welt. Sogar die Herrlichkeit der Hitler-Welt!

## Vertagung des Landtags.

### Bis zum 9. Juni.

Der Kabinettsrat des Landtags beschloß am Mittwoch, daß am Donnerstag bis zum 9. Juni die Vertagung des Landtags eintreten soll. Heute will man die erste Beratung des Haushalts auf jeden Fall beenden, eventuell durch eine Dauer Sitzung. Auf der Tagesordnung der morgigen Donnerstags-Sitzung soll als Hauptpunkt die erste Beratung der Zentrumsanträge über die Städte- und Landgemeindeförderung stehen. — In der Pause sollen die Ausschüsse arbeiten, insbesondere soll sich der Hauptausschuß mit der Beratung des Etats, der am heutigen Mittwoch an ihn übermiesen werden wird, befassen.

Der Internationale Frauentag in Washington nahm am Sonnabend eine Entschließung zugunsten des Weltgerichtshofes und gefiern eine zweite zugunsten der Abrüstung an.

## Der vornehme Kleinstädter.

Von Hans Bauer.

In Gera ist in diesen Tagen der Prozeß gegen die Frau Landgerichtsrat Frischke zu Ende geführt worden. Er hat ergeben, daß diese Dame nicht des Mordversuchs schuldig ist. Aber das ist eigentlich gar nicht so wichtig. Juristisch war dieser Prozeß nur einer von vielen. Es kam auf seinen Hintergrund an. Auf diesem hat sich ein Gesellschaftsbild entwickelt, das keineswegs ein besonderes, ein markantes, ein einmaliges, sondern ein alltägliches ist. Es hat sich das Gesellschaftsbild der Kleinstädter entwickelt. Nicht immer wohl blüht auf solchem Hintergrund ein Anschlag auf das Leben oder die falsche Beschuldigung eines Mordversuchs. Aber in diesem Antragspiel, das in Aktien und Ehrenheim geführt worden ist, in diesen kleinstädtischen Vorhöflichkeiten, in diesem Ränkefeld, in diesen gottvergeffenen Klischees und nichtigen Aufgebauheiten erkennen wir die photographische treue Wiedergabe des Lebens einer Menschenschicht, die so wenig Sorgen hat, daß deren willkürliche Konstruktion ihre einzige bleibt. Die Frau Rittergutsbesitzer fühlt sich gekränkt, weil der Herr Landgerichtsrat sich nicht nach ihrem Befinden erkundigt hat. Die Frau Landgerichtsrat ist empört, weil die Frau Rittergutsbesitzer sie vom Vorstandmitglied des Vereins aus nicht genügend beachtet. Die Frau Ministerialdirektor hat einen neuen Reiherschuh, aus dem ihr in der Garderobe des Kränzchens einige Stangen herausgeschliffen werden. Im Kränzchen haben sich zwei Parteien gebildet, die sich aufs bitterste bekämpfen. Lügen werden gemoben, Gerüchte in Umlauf gesetzt: „Haben Sie schon gehört, daß neulich der Frau Affessor zwei silberne Vöfel abhanden gekommen sind?“ Kurz nach dem Abschied der Frau Landgerichtsdirektor sind sie verschwunden gewesen. Ja, man weiß es aber nicht, wer sie hat.“ Verdacht wird gesponnen. Pläne werden geschmiedet. Und so feig sind sie alle. Als die Sache vor Gericht kommt, hat keiner etwas gesagt. Und so dumm sind sie alle. So grenzenlos dumm. Die Frau Rittergutsbesitzer führt den Generalstreik gegen die Schwägerin. Die Bombe platzt. Aber nein, es ist nur eine Eisenklase. In der Voruntersuchung spricht sie anders als in der Hauptverhandlung. Der Vorsitzende weist ihr nach, daß die ganze Geschichte so gar nicht hat sein können, wie sie geschildert worden ist. Sie ist schlecht, lüdenhaft konstruiert. Dazu kommen noch große Fahrlässigkeiten. Frau Mühlhofmann hat ihrem Dienstmädchen noch vor der chemischen Untersuchung des Kaffees alles über dessen Befund gesagt.

Ein Wust von Gemeinheiten und Lügen? Das auch. Aber vor allem von Tagedieberei und Vertrottelung.

Das Gerder Gericht hat aus dem Beet eines vornehmen Kleinstädters einige Blumen gepupft und sie sozusagen zu einem Kränzchen gemunden.

Es kommt nun darauf an, den Boden umzupflügen.

## Große und kleine Blamagen.

Die Firma Gustav Cords in der Leipziger Straße leistete sich anlässlich der Einführung Hindenburgs in seine Präsidentenwürde einen Spezialwitz, der als Symptom der deutschen politischen Naivität festgehalten zu werden verdient. Ueber dem Eingang zu den Geschäftsräumen prangte die preußische, bairische, sächsische und württembergische Königslahne. Das Wappen mit der Krone nahm mindestens ein Drittel einer jeden Fahne ein. Jeder Deutsche hat nach alter geheiligter Tradition das Recht, sich so gut zu blamieren, wie er kann. Wenn die Firma Cords den Tag, an welchem der Reichspräsident auf die Verfassung der Republik vereidigt wird, zum Anlaß einer monarchistischen Demonstration macht, so hat sie nach derselben Verfassung ein Recht auf freie Meinungsäußerung. Ich aber als Verteidiger der Schwachen erlaube mir die Frage, warum das nette kleine Fürstentum Reuß, jüngere Linie, so schön vernachlässigt wird, warum die betr. Firma sich nur zur Protektoria der vier ehemaligen deutschen Großstaaten aufwirft, warum sie also meine reußischen Gefühle oder die meiner Walschfrau, die aus Walsch stammt, so empörend verletzt? Die Firma sollte bedenken, daß eine reiche Bekannte von mir, die in Mecklenburg-Strelitz zu Hause ist, bei ihr nicht mehr laufen wird, da diese treue Untertanenseele nach dem angestammten Großherzog lechzt. Aber die Firma Cords wird schon wissen, was sie tut. Sie treibt sicherlich eine sehr interessante Sonderpolitik, und wir werden vielleicht bei der nächsten Reichstagswahl durch die Aufstellung eines Kandidaten der Fraktion Cords überrascht werden.

Von den großen Blamagen zu den kleineren. Die Firma Wertheim hat diesmal nur die preußische Fahne gehißt, während am Bahnhalt auf ihrem Dach noch die Reichsfahne prangte. Diese tolle Umstellung auf den vermeintlichen Boden der gegebenen Verhältnisse sollte jeder Republikaner sich merken. In einem Haus in der Potsdamer Straße hing neben der preußischen und der bairischen Fahne in riesenformat die austrangierte Fahne der Monarchie Habsburg. Auch eine interessante politische Kombination! Wenig erfreulich ist auch die wiederholt festgestellte Tatsache, daß die Berliner Lehranstalten in ihrer Mehrzahl sich vorsichtig hinter die Fahne der Stadt Berlin stellen. Die Wahl des Reichspräsidenten aber ist Sache des Reichs und nicht die Angelegenheit von Berlin, von Kaiserslautern oder Krynau an der Arotter. Lucian.

## Die modernste Stadt Palästinas.

Ein Mitarbeiter der „Tribuna“, der soeben von einer Reise nach Palästina zurückgekehrt ist, plaudert in seinem Blatt von den Eindrücken, die er von einem Besuch in Tel-Aviv mit hinweggenommen hat. Zwischen Jaffa und Jerusalem gelegen, ist Tel-Aviv von nach Palästina eingewanderten Zionisten im Laufe von knapp vier Jahren erbaut worden und wird ausschließlich von Zionisten bewohnt. Dank der Vermittlung einer ihm als Dolmetscherin dienenden jungen Ägypterin war es dem italienischen Berichterstatter möglich, sich nosbürtig zu verständigen, denn in Tel-Aviv ist Amts- und Umgangssprache ausschließlich das Hebräische, und zwar das Hebräische der Bibel, das nach zweitausendjährigem Todeschlaf hier wieder eine lebende Sprache geworden ist. Tel-Aviv, das am Saune Kleinasiens, fast vor den Toren von Jerusalem ge-

legen ist,“ schreibt der italienische Berichterstatter, „präsentiert sich als ein schmuckes, ganz modern anmutendes Städtchen. Auf den ersten Blick glaubt man sich angelehnt der hellen luftigen Straßen und der hübschen Landhäuser, die sich zwischen Bäumen und Gärten hängen, in ein italienisches Seebad, etwa nach Viareggio, versetzt. Wenn man dann aber die schnurgraden Straßenzüge durchwandert und die mit großer Raumverschwendung angelegten Häuserblocks sieht, meint man eher, sich in einer amerikanischen Stadt zu befinden, die wie durch Zauberei über den Ocean hierher geflogen kam.

Die Straßen der Stadt durchziehen Automobile. Aus jedem Haus tönt dem Wanderer Klaviermusik entgegen, und überall hat man den Eindruck eines behaglichen Wohlstandes und rühriger Geschäftigkeit. Die Bewohner zeigen bei aller Einfachheit einen ausgeprochenen Zug von Eleganz. Man sieht zwar häufig die Hemdbluse des russischen Studenten, aber in der Regel tragen die Männer halbfarbene Hemden mit kurzen Ärmeln nach der amerikanischen Sommermode. Reizend wirken die Frauen in ihren luftigen, im Schnitt an kleidbare Badeanzüge erinnernden Toiletten. Alle haben sie Bubiköpfe. Der Europäer weiß nicht, wie die Straßen heißen, die er durchwandert, denn auch die Straßenschilder tragen ausschließlich hebräische Schriftzeichen, und das gleiche gilt für die Plakate, die Firmenetiquetten und die Namensschilder an den Häusern. Auch ein eigenes Theater besitzt die Stadt. Wie mir meine freundliche Dolmetscherin versicherte, wird hier demnächst Berdis „Othello“ mit einem Orchester einheimischer Musiker von einheimischen Solisten aufgeführt werden. Puccinis Tod feierte die Zionistenstadt mit einer Gedächtnisvorstellung, bei der die „Tosca“ zur Aufführung gelangte, die durch Chopins Trauermarsch eingeleitet wurde. Im Mittelpunkt der Stadt befindet sich ein großes Gebäude, in dem die verschiedenen Unterrichtsanstalten untergebracht sind. Zahlreich sind auch die Bibliotheken, und noch zahlreicher die Buchhandlungen. Im Tel-Aviv und Umgebung erscheinen vier hebräische Zeitungen und mehrere illustrierte Wochen- und Monatschriften. Die Stadt, die noch so jung ist, zählt heute schon 40 000 Einwohner, und wie schnell sie sich entwickelt, geht aus der Tatsache hervor, daß die Zahl ihrer Häuser sich täglich um drei neue vermehrt. Man darf daher annehmen, daß innerhalb von drei Jahren die Einwohnerzahl doppelt so groß sein wird, und die Behauptung wagen, daß Tel-Aviv in kurzem Jerusalem überflügelt haben wird.

Die Annäherung des Genossen Otto Köster im Wilnersdorfer Krematorium findet am Donnerstag bereits um 11 Uhr vormittags statt.

Phonographische Mundartenaufnahme. Die reiche Welt der deutschen Mundarten wird jetzt wissenschaftlich festgehalten werden durch eine umfassende phonographische Aufnahme der Dialekte aller deutschen Länder. Es werden einige Sätze mit vollständigsten Wendungen sowie ein freier nicht literarischer Text durch den Phonographen festgehalten. Die Arbeit ist für bestimmte Gebiete einzelnen Instituten übergeben. So ist z. B. wie im Hamburger „Quickborn“ berichtet wird, der mecklenburgische und ostdeutsche Anteil dem Niederdeutschen Seminar in Rostock zugefallen, von dem jetzt die phonographischen Aufnahmen der verschiedenen heimischen Mundarten durchgeführt werden.



## Dr. Thiele beurlaubt.

Die „Germania“ meldet, ist Reizinalrat Dr. Thiele, der Gefängnisarzt des Moabiters Lazarets, einstweilen beurlaubt worden. Es wäre auch undenkbar gewesen, daß Dr. Thiele weiter im Gefängnislazarett tätig gewesen wäre, einmal wegen der schwerwiegenden Enthüllungen des preussischen Untersuchungsausschusses über seine ärztliche Oberflächlichkeit, aber auch nach den ihm so schwer belastenden Aussagen der ihm unterstellten Pfleger.

## Pöhner ermordet?

### Opfer einer völkischen Feme.

München, 13. Mai. (Z.) Die Telegraphen-Union erhält vom Rechtsbeistand der Witwe des am Karfreitagabend anlässlich einer Autofahrt verunglückten Oberlandesgerichtsrats Pöhner in München eine längere Erklärung, worin Frau Pöhner auf Grund der Wahrnehmungen, die sie selbst bei vollem Bewusstsein unmittelbar nach dem Unfall an der Unfallstelle gemacht habe, überzeugt sei, daß ihr Gatte nicht durch den Auto-unfall selbst, sondern aus Anlaß des Unfalls einem verbrecherischen Anschlag auf sein Leben erlegen sei. Wer der Täter sei, welche Motive vorlagen und wer die Mittäter, Helfer und Anstifter seien, das festzustellen sei Sache der Behörde.

Die „Völkische Zeitung“ veröffentlichte schon am 8. Mai eine Zuschrift von besonderer Seite, in der der dringende Verdacht ausgesprochen wurde, daß Pöhner das Opfer eines Verbrechens und nicht eines Unfalls gewesen sei. Diese Nachricht wurde widerrufen. Wenn jetzt der Rechtsbeistand der Witwe Pöhners die Behauptung wiederholt, wird man sich fragen müssen, ob dem Widerruf überhaupt ein Wert beizumessen ist. Jedenfalls ist eine amtliche Aufklärung dringend zu fordern, da der Verdacht eines völkischen Feme mordes nicht von der Hand zu weisen ist. Pöhner hat seine Todesurteil auf Einladung und im Automobil des völkischen Oberleutnants Krieger angetreten. Es ist bekannt, daß Pöhner nach dem mißglückten Novemberputsch rüber nach seiner Verurteilung zu den Deutschen Nationalen hinüberwechselte und dadurch in einen Gegensatz zu den Völkischen geriet. Bei der brutalen Gefinnung der Völkischen ist ein Racheakt also nicht ausgeschlossen. Pöhner wäre nicht ihr erstes Opfer.

## Die neuen Entwaffnungsforderungen.

Umwandlung der Großindustrie. — Schuporenform. — Köln-Räumung erst 1926?

Paris, 13. Mai. (Eigenes Drahtbüchlein.) Der „Matin“ teilt heute mit, daß der gestern fertiggestellte Entwurf der von der Bolschewistkonferenz an Deutschland zu richtenden Entwaffnungsnote alle schweren, von der Kontrollkommission festgestellten Verstöße enthält und die Maßnahmen mittelst, die Deutschland durchzuführen soll, um die Zustände in seinem Lande mit dem Friedensvertrage in Einklang zu bringen. Vor allem soll eine Reorganisation der Polizei und eine Umwandlung der Rüstungsindustrie verlangt werden. Der „Matin“ glaubt, daß die Durchführung dieser Forderungen im Verlauf dieses Jahres kaum möglich ist und daß deshalb die Räumung Kölns für 1925 hinfallig würde; es sei denn, daß Deutschland außerordentliche Anstrengungen mache.

### Das englische Memorandum zur Entwaffnungsforderung.

London, 13. Mai. (Z.) Ueber den Text des englischen Memorandums, das den englischen Repräsentanten beiliegte, teilt der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph“ mit, daß dieses Memorandum alle Hauptverletzungen, die durch die Entwaffnungskommission festgestellt worden seien wie auch die entsprechenden Ratschläge des Sachkomitees ausführlich analysiere. Meinungsverschiedenheiten beständen über den Zeitraum, den Deutschland zur Erfüllung dieser neuen Forderung brauchen werde. Man sei jedoch in London der Meinung, daß Berlin in dieser Hinsicht zu optimistisch sei. Der Korrespondent erwähnt dann einzelne Punkte, wie

### Die Frage der schweren Artillerie in Königsberg und der Zeitfreiwilligen.

Die wichtigste Frage sei die Entmilitarisierung der Sicherheitspolizei. Man zweifle in London, ob die Kompromißvorschlüsse der deutschen Regierung die Alliierten befriedigen würden. Ebenfalls sind wegen des sogenannten Generalstabes Schwierigkeiten zu erwarten, weil der Friedensvertrag nur die Erlaubnis gebe, 300 Offiziere im Reichswehrministerium zu beschäftigen.

### Das französische Memorandum.

Paris, 13. Mai. (Z.) Das gestern vom Ministerrat gebilligte Memorandum über die Entwaffnung Deutschlands, das der Bolschewistkonferenz zugehen wird, enthält drei Dokumente. Das erste Dokument gibt die Auffassung wieder, so wie sie die französischen Sachverständigen klargestellt haben, und legt dar, daß die Vertragsklauseln und die Vorschriften der interalliierten Kontrollkommission unbedingt durchzuführen werden müssen. Das zweite Dokument entwickelt die Auffassung Frankreichs hinsichtlich der Aufrechterhaltung des Friedens. Das dritte Dokument endlich ist ein Verzeichnis der angeblichen Verstöße Deutschlands. Beigefügt ist das Gutachten des Militärkomitees in Versailles. Nach dem „Matin“ beziehen sich die einzigen Meinungsverschiedenheiten, die noch zwischen London und Paris bestehen, nur auf gewisse Fragen des Vorgehens bei der Forderung an Deutschland, daß es die Bedingungen der Entwaffnung erfülle. Man glaubt, daß die Bolschewistkonferenz am Freitag zusammentreten werde und daß nur wenige Stunden nötig seien, um eine Einigung herbeizuführen.

In der Regierung nachstehenden Kreisen wird erklärt, daß die Note der alliierten Regierungen über die Entwaffnung und die Räumung der Kölner Zone, ein sehr langes Dokument, in etwa zehn Tagen in Berlin überreicht werde.

## Aufrollung der Alliiertenschulden.

### Amerikanisches Vorgehen.

Paris, 13. Mai. (Z.) Der „Matin“ erzählt aus Washington, daß Bolschewist Horrid heute dem Finanzminister Caillaux ein Memorandum über die Haltung Amerikas in der Schuldfrage überreichen wird. Die Pariser Ausgaben amerikanischer Blätter melden, daß Horrid und Caillaux in den letzten Tagen wiederholt Gespräche abhielten, die auch in Zukunft fortgesetzt werden sollen.

Washington, 13. Mai. (Z.) Präsident Coolidge hat die Hoffnung ausgesprochen, daß die gegenwärtigen Besprechungen zwischen Paris und Washington über die französischen Schulden zu einem endgültigen Plan für ein Abkommen über ihre Zurückzahlung führen werden.

Der Reichspräsident wird am Freitag um 12½ Uhr mittags in Gegenwart des Reichskanzlers und des Reichsministers des Innern die Staats- und Ministerpräsidenten und andere Regierungschefs der Länder zur Entgegennahme ihrer Glückwünsche und zur persönlichen Vorstellung empfangen.

# Autobus-Katastrophe in der Königstraße

## Zusammenstoß zwischen Feuerwehrspritze und Autobus.

In der letzten Nacht hat sich an der Kreuzung der König- und Heiligegeiststraße um 1¼ Uhr eine schwere Autobuskatastrophe ereignet. Ein Autobus der Linie 19, der in Richtung Alexanderplatz vom Schloßplatz kommend die Kreuzung passierte, wurde von einer aus der Heiligegeiststraße kommenden Motorspritze der Berliner Feuerwehr so heftig angefaßt, daß der Autobus nach links umschlug und seine Fahrgäste unter sich begrub. 23 Personen wurden dabei mehr oder minder schwer verletzt. Wir erfahren über den Hergang des Unglücks folgende Einzelheiten:

Der von dem Zusammenstoß betroffene Autobus der Linie 19, der nach dem Eintritt der Vollzeitsunde sowohl im Wageninnern wie auf dem Verdeck ziemlich gut besetzt war, kam vom Schloßplatz die von der Brücke her etwas abfallende Königstraße hinunter. An der Ecke der Heiligegeiststraße gegenüber der Hauptpost befindet sich eine Autobushaltestelle, und zwar in erster Linie aus verkehrstechnischen Gründen, weil diese Straßenkreuzung, die sehr lebhaften Verkehr der Tag über aufweist, sehr unübersichtlich ist. Da aber an der Haltestelle niemand stand und auch von den Fahrgästen des Omnibusses keine die Absicht zum Aussteigen kundgab, gab der Omnibusfahrer noch vor der Haltestelle das Signal zum Weiterfahren, so daß der Wagenführer mit unvorbereiteter Geschwindigkeit an die Kreuzung herankam. Im selben Augenblick ertönten aus der erwähnten Nebenstraße die Läutesignale des von der Fischerbrücke kommenden Zuges 4 der Feuerwehr, der zu einem Brand in der Vorbringer Straße alarmiert war. Sei es nun, daß der Autobusfahrer die Feuerwehrspritze überhört hat oder daß er sich nicht darüber klar war, daß die Feuerwehr aus der Nebenstraße kam, er fuhr jedenfalls die Königstraße weiter hinunter über die Kreuzung der Heiligegeiststraße hinweg. In diesem Augenblick, als er die Kreuzung schon beinahe passiert hatte, wurde er von dem ersten Wagen des Feuerwehrezuges, der Gasspritze, rechtwinklig an der rechten Wagenseite

so heftig angefaßt, daß der Autobus sich um mehr als 45 Grad nach links überneigte und mit lautem Krach ganz umschlug.

In das Klirren der in Trümmer gehenden Fensterscheiben mischten sich die Angstschreie und Hilferufe der Autobusinsassen und wenige Minuten später das Stöhnen der unter den Trümmern liegenden Verletzten und der vom Verdeck ge-

schleuderten Passagiere. Die hinter der Gasspritze herannahenden Feuerwehrrfahrzeuge konnten noch rechtzeitig zum Stehen gebracht werden. Die Mannschaften lösten im nächsten Augenblick ab und eilten herbei, um die Insassen des umgekehrten Autobusses zu bergen. Mit drei Feuerwehrrfahrzeugen wurden insgesamt dreißigzwanzig verunlückte Fahrgäste abtransportiert, zwölf von ihnen wurden zur Rettungswache 15 in der Landsberger Straße geschafft, elf Personen wurden von der Feuerwehr zum Krankenhaus in der Ziegelstraße transportiert. Zwanzig Leichtverletzte konnten nach Anlegung von Rotorbinden in ihre Wohnungen entlassen werden. Der schwerbeschädigte Autobus und die ebenfalls nicht mehr fahrbare Motorspritze wurden im Laufe der Nacht abgehleppt.

Von den aufständigen Stellen ist sofort eine

### Untersuchung über die Schuldfrage

an dem Zusammenstoß eingeleitet worden. Nach der Darstellung der Omnibusgesellschaft hatte der Omnibus die Kreuzung schon beinahe hinter sich, als er im hinteren Wagenteil von dem Feuerwehrrfahrzeug gerammt wurde. Von der Feuerwehr wird darauf verwiesen, daß der tragische Zug aus der Waage Fischerbrücke mit stark verminderter Geschwindigkeit an die gefährliche Kreuzung herangekommen sei, wobei die vorschrittmäßigen, in den Nachtstunden besonders gut hörbaren Läutesignale gegeben wurden. Auf jeden Fall hätte, so wird von der Feuerwehr betont, der Zug vor dem Autobus das Recht des Vorfahrens gehabt, weil die Feuerwehrrfahrzeuge von rechts kamen, der Autobus also ohnehin hätte abstoppen müssen. Daneben wäre es aber auch Pflicht des Omnibusfahrers gewesen, beim Erörtern der Feuerwehrsikale sofort zu bremsen. Nach den Aussagen der Autobusinsassen hätten diese das Läuten der Feuerwehr ganz deutlich gehört.

Wie wir weiter erfahren, handelt es sich bei den Verunglückten größtenteils um Bergsteiger, Quertischen und Hantabstärkungen. Es handelt sich meistens um Angestellte von Nachtlokalen, so um drei junge Tänzerinnen eines bekannten Kabarets, ferner um Hotelpagen, einen Artisten, einen Kassierer und eine Garderobenhilferin. Etwas schwerer verletzt ist ein Kaufmann Ludwig Färber, der eine vier Zentimeter lange Kopfverletzung davongetragen hat, ebenso ein Schlichter Thomas Vachotta, der schwere Quertischen am Kopf erlitten hat. Einen Knochenbruch und einen Knieverstoß hat der Kriminalbeamte Hans Denderlein davongetragen.

## Der Flieder blüht und der Pirol ruft!

Wenn der Flieder blüht, muß man ihn aufsuchen. Vielen genügt ein Blick auf die Vorgärten oder Schwimmbäder, die sie auf täglichen Gängen zu passieren haben. Schöner kommt der Flieder in Park von Sanssouci zur Geltung, am schönsten vielleicht im Botanischen Garten, fern von grauen Mauern, von anderen Kindern Floras umrahmt. Bei diesem Strauch bildet die einfachschöne Verzweigung mit dem ebenso einfachschönen Laube und den Blütentrauben, von denen man sagen könnte, daß sie selbst dem Auge wie ein Duft erscheinen, ein beständig ammutiges Ganzes, das sofort gefangen nimmt. In den weiten Donauniederungen des Oltens, von der ungarischen Tiefebene an bis zur Wüdnung, ist er zu Hause und bildet tiefste Dichtungen, und erst seit einigen Jahrhunderten ist er allmählich ein nicht mehr zu missender Bestandteil unseres Frühlingsschauspiels geworden. Auch die Kostgänger, die farbentragenden Schwertklingen, die roten, weißen und gelben Rhododendren, die jetzt alle zu gleicher Zeit mit dem Flieder den Frühling ins Land geleiten, sie alle sind Kinder des Südens und des Ostens. An ausfallend schönen Blumen fehlt es auch in der heimischen Flora nicht, aber die Kultur und unverständig-wildere Blumenjäger machen sie immer seltener, und so ist es gut, daß unsere Gärten das Gute nehmen, wo sie es finden.

Während so der Mai in Farben glüht, ist der erste Flor schon wieder vorüber, erpöckeln schon die ersten Samen, an den Ästen unseres zähesten Strohbaumes, der Linde, hängen in Klumpen flache dünne Scheitchen, die je einen Samen flügelartig umgeben und auch wirklich sein Flugzeug bilden. Schon beginnt der Wind sie zu fassen und sie stellenweise in diesen Schichten auf die Bürgersteige herabzuwirbeln. Die Natur hat sie mit aller Sorgfalt reifen lassen. Sie kann alles, aber allwissend ist sie nicht. Sie weiß nicht, daß alle diese Wirtinnen von Früchten im Kinnsteln elend verkommen müssen — sonst hätte sie sich diese Ruhe wohl nicht gemacht. Aber lassen wir das Philosophieren — denn der Flieder blüht und im Walde ruft unaufhörlich der Pirol!

### Empfindliche Strafe für einen Fahrradmarder.

Vergeßlich berief sich der wegen Betruges im Rückfalle angeklagte Kaufmann Max Wonda vor dem Schöffengericht Witte auf seine Unzurechnungsfähigkeit. In raffiniertester Weise hatte Wonda, der bereits mehrfach vorbestraft war, Betrugsereien verübt. Besonders hatte er es darauf angelegt, jungen Leuten, Lehrlingen, Laufburschen, Straßenreinigern die Fahrräder abzuschwindeln. Auf der Straßensprache er die jungen Leute an und veranlaßte sie unter dem Vorsprechen einer Belohnung, eine Bestellung in irgendeinem Hause auszurichten. Das Fahrrad der Boten wollte er in der Zwischenzeit beaufsichtigen, hatte aber nichts Giltigeres zu tun, als sich auf das Rad zu schwingen und davonzufahren. Auch auf andere Weise hatte er verschiedene Leute geprellt, so daß ihm 11 Betrugsfälle zur Last gelegt wurden. Wonda war vielfach in Irrenanstalten gewesen, und aus den Irrenanstalten ging u. a. hervor, daß er in der Jugend viele dumme Streiche gemacht hatte. So hatte er seine eigene Mutter als halbwüchsiger Bursche wiederholt mißhandelt. Nach den ärztlichen Gutachten erschien er zwar geistig minderwertig, aber für die Straftaten verantwortlich. Das bemohrte ihn vor dem Richterhaus, er erhielt jedoch die empfindliche Strafe von 3 Jahren Gefängnis.

### Betrügerischer Zusammenbruch im Strumpfwarenhandel.

Die beiden Inhaber der Firma Gebrüder Lourie, Strumpfwaren eragos, Berlin NW., Dorotheenstraße 19, sind, wie „Die Welt-Bohe“ erfährt, unter Hinterlassung von annähernd 200 000 Mark Schulden plötzlich gestorben. Außer unbeträchtlichen Außenständen sind Aktien in Höhe von nur etwa 5000 bis 6000 Mark vorhanden, die vom Personal für Gehaltsforderungen bereits gepfändet sind. Die Inhaber haben in der letzten Zeit die von den Fabrikanten einkommende Ware weit unter dem Preise verschleudert, um sich bare Mittel zu verschaffen. Sie sind Russen, die erst im Jahre 1921 nach Deutschland kamen.

### Schützt unsern Wald!

Kaum haben die Schulausflüge wieder begonnen, so mehren sich die Klagen, daß die Kinder in den Waldungen rücksichtslos Zweige und Blumen abreißen. Täglich werden in den Ausflugsorten in der Umgegend von Berlin Schulkinder unter Führung der Lehrer beobachtet, die frisches Grün und abgerupfte Blumen in großen Mengen mitschleppen. Durch das Abreißen der Zweige werden Angriffsflächen für schädliche Pilze geschaffen, wertvolle Anpflanzungen vernichtet, und die Natur wird verunstaltet. Es dürfte für die aufsichtführenden Lehrer doch wirklich nicht so schwer sein, die dem Unfug zu steuern und gleichzeitig durch eine entsprechende Be-

lehrung den Kindern das Schädliche ihres Treibens vor Augen zu führen. Der Kampf gegen die sinnlose Verödung der Natur wird nun schon seit Jahrzehnten geführt und der „Vorwärts“ hat es sich stets angelegen sein lassen, in diesem Kampf in erster Reihe zu stehen. Man muß nun aber auch von der Berliner Bevölkerung erwarten, daß sie sich die ständig in der Presse und durch Wald-, Natur- und Heimatsehnsüchtige erhobenen Forderungen zu eigen macht und darüber wacht, daß ihr die wenigen Schönheiten der Natur nicht auch noch geraubt werden. Besonders die wandernde reifere Jugend hätte hier eine dankbare erzieherische Aufgabe.

### Die verpönte rote Parteifahne.

Ein interessanter Flaggentritt spielte sich am Tage der Vereidigung des neuen Reichspräsidenten beim Hauptvorstand des Verbandes der Lebensmittel- und Getränkearbeiter ab. Der Verband besitzt ein eigenes, kürzlich bezogenes Haus am Reichstagsufer, in unmittelbarer Nähe des Reichstagsgebäudes. Die Begründung lag darin, daß der Hauptvorstand veranlaßt, auf seinem Hause eine rote Fahne zu hissen. Es dauerte auch nicht allange, und es erschien ein Vertreter des Direktors vom Reichstag und bat, die rote Fahne einzuziehen, da sie doch wohl „Aergernis erregen könnte“. Aber alles Verhandeln half nichts. Der Verbandsvorstand blieb fest und lehnte die Beseitigung der roten Fahne mit dem Hinweis darauf ab, das die schwarzweiße rote Fahne die Parteifahne der Deutschen Nationalen sei, der vom Hauptvorstand des Verbandes die rote Fahne als Parteifahne der Sozialdemokraten entgegengesetzt werde. Im übrigen gestatte der Vorstand den Deutschen Nationalen, ihre Parteifahne zu hissen, ja, er lasse sich das sogar von den Mietern seines eigenen Hauses gefallen und er bitte darum die Gegenteile, ebenso tolerant der roten Parteifahne gegenüber zu sein. Unverrichteter Dinge mußte der Reichstagsbeamte wieder abziehen. Hindenburg aber mußte die Parade über die Ehrenkompanie der Reichswehr angeführt der roten Fahne auf dem Dache des Hauses Reichstagsufer 3 abnehmen.

### Ihr Geist lebt.

Seit etwa einem halben Jahr steht an der Seite des Spreewegs auf dem schmalen Rasenstück, das an die Mauer des Bellevue-Parks grenzt, ein Sockel aus Sandstein. Eine Aufschrift mildert den Gefallen des 4. Garde-Regiments zu Fuß ein würdiges Gedenkwerk. Wir hoben uns an diesen fahlen Stein gemöhnt, dem allerdings die figurliche Krönung fehlte. Wir haben es dem Rangl an dem nötigen Geld zugesprochen. Immerhin, es war nicht unwürdig, dieses Denkmal und die Aufschrift „Ihr Geist lebt“, war recht eindringlich.

Am komme ich gestern, am Einzugsfests Hindenburgs, wieder an diesem Denkmal-Sockel vorbei. Zu meinem Erstaunen befindet sich jetzt die große Bronzefigur eines Soldaten darauf. Er stirmt vorwärts in schwingvoller Bewegung, der rechte Arm ist im Begriff, die Handgranate zu schleudern. Und auf diese Handgranate drängt konzentriert alles hin: also ihr Geist lebt. Jetzt ist es nicht mehr ein Ehrendenkmal für die armen Kriessopfer, sondern ein Abbild unserer Zeit. Traurig ging ich nach Hause, denn nun verstand ich den Sinn der Aufschrift anders.

Anstalt Upstall für innerlich kranke Frauen. Das Hauptgesundheitsamt der Stadt Berlin teilt mit: Die derzeitige Bettennot hat den Magistrat veranlaßt, das ehemalige Leichtkrankenhaus Upstall als Krankenhaus für innerlich kranke Frauen einzurichten. Die kurz vor dem Kriege erbaute Anstalt Upstall, die für etwa 100 Kranke eingerichtet ist, liegt 8 Minuten Fußweg von der Station Blankenburg der Steinhilber Vorortbahn (Fahrzeit 15 Minuten) in einem schönen Park. Das reichlich mit Bäumen versehene Haus eignet sich seiner ganzen Einrichtung nach in vorzüglicher Weise für diese Zwecke und bietet den Kranken in jeder Beziehung zweckmäßigen und angenehmen Aufenthalt.

Festmahnung durch die Wulstheide. Die Arbeitsgemeinschaft für Forstschutz und Naturkunde E. V. Berlin-Friedrichshagen, hat für Sonnabend, den 16. Mai, eine Wanderung durch die Wulstheide festgesetzt. Diese ausfallende Festmahnung wird aus Grund der im März stattgefundenen Protestversammlung, die unter dem Motto „Rettet die Wulstheide“ nach Oberhavelriede einberufen war, veranstaltet. Führung Oberförster M. D. D. Treffpunkt 5 Uhr nachmittags am Bahnhof Sabow.

29. Abteilung. Heute abend 7½ Uhr: Mitgliederversammlung im Altersheim, Danziger Str. 62. Thema: „Die politische Lage“. Referent: Gen. A. Flatau. Neuwahl der Abteilungsleitung.

### Eisenbahnunglück in Belgien.

Zus Ramur wird gemeldet, daß unweit der Stadt sich plötzlich eine Lokomotive, deren Führer abgestiegen war, in Bewegung setzte. Der Führer benachrichtigte telefonisch den nächsten Bahnhof, worauf die Insassen eines dort haltenden Personenzuges sofort zum Aussteigen aufgefordert wurden. Bevor jedoch sämtliche Reisenden den Zug verlassen hatten, fuhr die Lokomotive in den letzten Wagen hinein; dreißig Reisende wurden schwer verunlückt.



# Gewerkschaftsbewegung

## „Unwichtige Formalitäten.“

In den Tagen vom 5. bis 7. Februar 1925 befaßte sich der Ausschuss des Internationalen Gewerkschaftsbundes mit einem Telegramm des Russischen Gewerkschaftsrates, worin vorgeschlagen wurde, eine gemeinsame Konferenz von Vertretern des IGB. und des Russischen Gewerkschaftsrates abzuhalten. Diese Konferenz sollte die Mittel und Wege finden, die Gründung einer vereinten internationalen Gewerkschaftsorganisation zu ermöglichen, der sich auch die der Roten Gewerkschaftsinternationale angehörenden Organisationen anschließen können.

Mit 14 gegen 5 Stimmen wurde auf Antrag Stenhuis-Smit der Vorstand des IGB. beauftragt, dem Russischen Gewerkschaftsrat mitzuteilen, daß der IGB. sich bereit erklärt, die russischen Gewerkschaften in den IGB. aufzunehmen, und eine Konferenz abgehalten werden kann, sobald die russischen Gewerkschaften diesen Wunsch zum Anschluß äußern.

Die Moskauer, die es zuerst so eilig hatten, ihren Antrag telegraphisch nach Amsterdam zu richten, haben es bisher nicht für notwendig erachtet, dem Vorstande des IGB. eine Antwort zu geben. Bei der Abreise der russischen Delegation nach London hielt der Vorsitzende dieser Delegation am Bahnhof eine Rede, die als eine Aeußerung zu dem Beschluß des Ausschusses des IGB. aufzufassen war, aus der jedoch herausklang, daß man mit Hilfe der englischen Gewerkschaften den IGB. zur Einheitsfront zwingen werde, was soviel bedeutete, daß man die Frage des IGB. keiner Antwort wert erachte. Inzwischen haben die Beratungen zwischen den Vertretern der Roten Gewerkschaftsinternationale und den Vertretern der englischen Gewerkschaften stattgefunden, deren Ergebnis wir in Nummer 221 des „Vorwärts“ vom Dienstagmorgen veröffentlichten. Bereits am Sonntagabend („Vorwärts“ 218) brachten wir eine IGB.-Mitteilung aus Amsterdam des Inhalts, daß der Vorstand des IGB. sich in seiner Sitzung am 8. Mai mit der Frage der Zulassung des russischen Gewerkschaftsbundes nicht beschäftigen kann, da der Internationale Gewerkschaftsbund auf den Beschluß seines Ausschusses vom 7. Februar noch immer keine Antwort aus Moskau erhalten hat.

Die Veröffentlichung dieser Tatsache, die das zweideutige Verhalten der russischen Einheitsfrontpartei in bengalischer Beleuchtung zeigt, hat nun den Vektoren der Berliner Moskauerliste die Junge gelöst, jedoch nur zum Schimpfen.

„Die rechten Amsterdamer labellieren weiter“ — überschreibt die „Rote Fahne“ ihre heutige Epistel, um das Verhalten ihrer AGD-„Bonzen“ zu verhöhnen. Der Vorstand des IGB. klammert sich an „unwichtige Formalitäten“, um klaren Entscheidungen aus dem Wege zu gehen. Echt bolschewistisch! Die Ausschussmitglieder des Internationalen Gewerkschaftsbundes kommen aus 11 Ländern mit dem Vorstand des Internationalen Gewerkschaftsbundes in Amsterdam zusammen, befaßen sich volle zwei Tage mit einem telegraphischen Antrage der AGD, kommen zu einer Entscheidung, die eine Antwort erheischt, und die eiligen Antragsteller finden im Zeitraum von drei Monaten keine Zeit, deutlicher, halten es nicht für notwendig, irgend eine Antwort zu geben. Eine derart unerhörte Mißachtung des IGB., die nur deshalb ihr Ziel verfehlt, weil man weiß, mit wem man es zu tun hat, suchen solche Burken zu bombastieren, indem sie den Spieß umdrehen und dem IGB. unterstellen, er klammere sich an „unwichtige Formalitäten“. Auf nebensächlichen Formalitäten komme es nicht an. Und diese schäbige Gesellschaft spielt sich obendrein noch als Eitendrichter auf und schwindelt ihren Nachläufern vor, die „rechten“ Amsterdamer trieben „ein niederträchtiges Spiel“.

Eine „Einheitsfront“ mit solcher Gesellschaft ist wahrlich nicht verlockend. Die Einheitsfront, die die Moskauer Drahtzieher meinen, ist lediglich ein Vorwand für die edle Absicht, die Mitgliedschaften des IGB. ihren größtenteils sinnlosen Weltrevolutionen dienlich zu machen.

## Die Internationale Arbeitskonferenz.

Genf, 13. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Am Dienstag, den 19. Mai, wird die 7. Internationale Arbeitskonferenz in Genf eröffnet. Sämtliche 58 Mitgliedsstaaten des Internationalen Arbeitsamtes sind zu der Tagung eingeladen. Laut Artikel 389 des Verfallener Vertrages hat jeder Staat Anspruch auf 4 Delegierte, nämlich zwei Regierungsvertreter und je einen Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Jeder Delegierte kann zwei Sachverständige für jeden Tagesordnungspunkt mitbringen. Die deutsche Regierung wird vertreten sein durch die Delegierten Griese und Feig vom Reichsarbeitsministerium, die deutschen Arbeitgeber durch ihren Syndikus Dr. Vogel und die Arbeitnehmer durch Hermann Müller vom IGB.

Japan wird eine besonders starke Abordnung von über 30 Köpfen schicken. Japanischer Arbeitnehmervertreter ist Genosse Sasaki, der Vorsitzende der japanischen Gewerkschaften. Auf der Tagesordnung der Konferenz steht die Neuwahl des Verwaltungsrates des Arbeitsamtes, ferner die zweite Lesung eines Antrages über Abschaffung der Nachtarbeit in Bäckereien, die Einführung der wöchentlichen Betriebsruhe in Glashütten mit Wasserdampfen und die Gleichstellung der ausländischen Arbeiter mit den Inlandsarbeitern bei

Betriebsunfällen. Ein anderer Punkt der Tagesordnung betrifft die Abstimmung über Entschädigung bei Betriebsunfällen; ebenso wird ein technischer Bericht über die allgemeinen Grundzüge für die Sozialversicherung zur Debatte gestellt. Besonderes Interesse wird der Bericht des Direktors des Arbeitsamtes über das Arbeitszeitproblem erwecken. Man erwartet eine Stellungnahme der Konferenz zum Beschluß des englischen Parlaments vom 1. Mai, das Washingtoner Abkommen nicht zu ratifizieren, wodurch der Erfolg der ganzen Arbeit erneut in Frage gestellt wird. Von englischer Seite ist deshalb vorgeschlagen worden, das Washingtoner Abkommen einer Revision zu unterziehen die keine Annahme durch alle Regierungen ermöglicht. Diese Absicht wird von den Gewerkschaften und vom Arbeitsamte allgemein zurückgewiesen.

## Nur noch bis Freitag!

# Deutsche Heimarbeit-Ausstellung 1925

Landesausstellungshallen am Lehrter Bahnhof.

Geöffnet von 10 Uhr vormittags bis 9 Uhr abends.

Eintrittspreis an der Kasse 30 Pf.

Für Gewerkschaftsmitglieder sind Karten für 20 Pf. in den Gewerkschaftsbüros zu haben. Arbeitslose erhalten in den Gewerkschaftsbüros Freikarten.

Veräume niemand den Besuch!

## Verbandstage.

Die Jahrestermine der Verbandstage oder Generalversammlungen der Gewerkschaften sind zwar verschieden, so daß alljährlich ein Teil der Gewerkschaften seine Haupttagung abhält, doch gehen besonders den Gewerkschaftskongressen eine Reihe von Tagungen voraus.

Bis jetzt sind folgende Verbandstagungen bekannt: Der Verbandstag der Fleischer beginnt am 17. Mai in Berlin, die Verbandstage der Lebensmittel- und Getränkearbeiter in Augsburg und der Friseurgehilfen auf Schloss Tannich am 15. Juni. Am 21. Juni tagen die Eisenbahner in Köln und die Lederarbeiter in Hamburg. Der Verbandstag der Hutarbeiter beginnt am 29. Juni in Köln. Die Fabrikarbeiter tagen ab 5. Juli in Leipzig und die Buchhändler ab 21. Juli in Hamburg. Der 16. Verbandstag der Bekleidungsarbeiter in Leipzig und der Verbandstag der Gemeinde- und Staatsarbeiter in Frankfurt a. M. beginnen am 3. August. Der Breslauer Gewerkschaftskongress folgt am 31. August.

## Tarifbewegung in den Verkehrsbetrieben.

Die Angestellten der Berliner Verkehrsbetriebe, Straßen-, Hochbahn- und Omnibusgesellschaft, befinden sich in einer Tarifbewegung, die den Neuabschluss von Manteltarifverträgen sowohl als von Lohnabkommen zum Ziel haben. Bei der Omnibusgesellschaft lief der Manteltarif am 31. März ab. Verhandlungen über einen vom Personal durch den Verkehrsverband eingereichten Vertragsentwurf haben bisher noch kein Ergebnis gebracht. Auch das Lohnabkommen ist Mitte dieses Monats abgelaufen, Lohnerhöhungsanträge sind der Gesellschaft eingeleitet worden. Bei der Straßenbahn läuft das Lohnabkommen noch bis zum 31. Mai, dagegen ist der Lohnvertrag für die Hochbahngestellten bereits am 15. Mai abgelaufen. Bei beiden Unternehmungen sind von den zuständigen Organisationen der Zeit entsprechende Lohnerhöhungen gefordert worden.

## Wenn Arbeiter ihr Recht fordern.

Ein Arbeiter des Darmstädter der Firma Heese kocht vor dem Gewerbegericht seine Entlassung als unbillige Härte an. Der beklagte Unternehmer behauptet, die Entlassung sei wegen Einschränkung des Betriebes erfolgt. Dagegen sagte der Vertreter des Klägers, dieser sei lediglich deshalb entlassen, weil er eine Lohnlage gegen Heese mit Erfolg durchgeführt habe. Fünf andere Arbeiter, die eine gleiche Lage gewonnen haben, seien ebenfalls entlassen worden. Daß die Angabe des Klägers zutrifft, werde dadurch bewiesen, daß der Betriebsleiter, den der Kläger nach dem Grunde der Entlassung fragte, geantwortet habe: „Sie wissen doch, daß Herr Schloffer (Mitinhaber des Betriebes) Sie gefressen hat.“ Der als Zeuge vernommene Betriebsleiter wußte erst gar nicht mit der Sprache heraus, mußte aber schließlich, wenn auch zögernd, zugeben, daß er sich dem Sinne nach so geäußert hat, wie der Kläger angab. Damit war bewiesen, daß die Entlassung nicht wegen Einschränkung des Betriebes, sondern lediglich deshalb erfolgt ist, weil der Kläger vor Gericht sein Recht erstritten hat. — Herr Schloffer, der die beklagte Firma vertrat, wollte diesen Beweis nicht gelten lassen. Er meinte, der Betriebsleiter (der ein entfernter Verwandter von ihm ist) sei so beschränkt, daß er die ihm vorgelegte Frage nicht richtig habe beantworten können. — Der Vertreter des Klägers sagte, er könne noch einige Arbeiter, die die Aeußerung des Betriebsleiters gehört haben, als Zeugen angeben, er tue das aber nicht, weil nach den gemachten Erfahrungen damit gerechnet werden müsse, daß die Arbeiter, welche als Zeugen gegen die Firma auftreten, sofort entlassen werden.

Das Gericht hielt durch die Aussage des Betriebsleiters für erwiesen, daß die Entlassung eine unbillige Härte ist und verurteilte die Firma, den Kläger wieder einzustellen oder ihm eine Entschädigung von 120 M. zu zahlen.

Bei der Deutschen Musik-Gesellschaft, Berlin, Sabelsbergstr. 42, trat die 25 Mann starke Belegschaft wegen Lohnhöherungen in den Streit.

Die Zahl der Arbeitslosen in England betrug am 4. Mai 1.179.800, das heißt, 7.265 weniger als in der Vorwoche.

# Wirtschaft

## Verband ostdeutscher Konsumvereine.

Der Jahresbericht des Verbandes ostdeutscher Konsumvereine für 1924 ist jetzt erschienen. Die durch Umfrage über die Entwicklung der angeschlossenen Genossenschaften ermittelten Zahlen bieten nur zum Teil Vergleichsmöglichkeiten gegenüber dem Vorjahre, da die Umfrage sich stets auf die Geschäftsjahre der Genossenschaften erstreckt, diese aber abweichend voneinander endigen. Die Jahresstatistik 1924 ist demnach in größerem oder geringerem Maße von dem Inflationsjahr 1923 beeinflusst, so daß, um überhaupt Vergleichsmöglichkeiten zu haben, die jetzigen Ergebnisse denjenigen von 1914 gegenübergestellt werden müssen.

Der Bericht weist darauf hin, daß durch die zerstörende Wirkung der Inflationsjahre viele zweifelhafte Existenzen, die sich dem Handel zugewandt hatten, von der Bildfläche verschwunden sind, daß aber auch viele Unternehmungen zusammengebrochen sind, denen die Inflation alle Betriebsmittel „enteignet“ hat und die nach erfolgter Stabilisierung unserer Zahlungsmittel nicht mehr die Kraft besaßen, den Kampf um die Existenz erfolgreich durchführen zu können. Zu diesen letzteren Unternehmungen gehören auch einige Genossenschaften des Verbandes, die ihrer gesamten Mittel beraubt, die Auflösung beschließen mußten oder mit größeren leistungsfähigen Genossenschaften die „Verschmelzung“ beschloßen. Dadurch ist die Zahl der angeschlossenen Konsumgenossenschaften von 142 zu Beginn des Jahres 1924 auf 119 Konsumgenossenschaften zum Schluß des Jahres zurückgegangen.

Die Mitgliederzahl in den Konsumgenossenschaften ist von 380.989 im Vorjahre auf 382.406 gestiegen, so daß trotz aller ungünstigen wirtschaftlichen Verhältnisse eine Zunahme von 0,4 Proz. zu verzeichnen ist.

Der Warenumsatz betrug im eigenen Geschäft 40.463.177 Mark, der in 656 Verteilungsstellen erzielt wurde.

In den Eigenproduktionsbetrieben, die von 27 Genossenschaften unterhalten wurden, waren für 10.243.047 M. Waren hergestellt und entfallen von dieser Summe auf die Bäckereien 8.673.271 M. und auf die vom Konsumverein in Spremberg i. d. L. betriebene Fleischerzerei 2.020.000 M., der Rest von 1.278.736 M. entfällt auf die Nebenbetriebe, wie Seiler- und Limonadenherstellung, Kaffeeöstereien, Schrotmühlen usw. Einen Vergleich über die Entwicklung der Eigenproduktion ermöglicht nur die Zahl der in den Eigenbetrieben beschäftigten Personen, die 1924 492 und 1914 388 betrug.

Am schärfsten zeigt sich aber die unheilvolle Einwirkung der Inflation in den Bilanzen. Im nachstehenden stellen wir die Zahlen aus 1914 stets in Klammern denjenigen im Jahre 1924 gegenüber. Unter den Aktiven betragen die Betriebsbestände 5.508.259 M. (3.595.095 M.), die angelegten Kapitalien 510.533 M. (7.669.196 M.), der Grundbesitz 9.207.090 M. (11.011.406 M.), verfügbare Werte 1.756.422 M. (440.540 M.) und die Forderungen 55.193 M. (199.341 M.). Passiven: Eigene Betriebsmittel 4.160.443 M. (5.295.789 M.), ausgenommene Betriebsmittel 8.029.121 M. (13.803.877 M.), Grundstücksschulden 982.855 M. (4.016.523 M.) und Verbindlichkeiten 3.659.091 M. (3.588.663 M.). Die Differenz zwischen Aktiven und Passiven ist die Erübrigung mit 205.987 M. (1.240.726 M.).

Die Gegenüberstellung der Bilanzzahlen 1924 zu 1914 ergibt eine Verminderung der Betriebsbestände um 24,2 Proz. und der genossenschaftlichen Betriebsmittel um 45 Proz. Der nicht durch eigene Betriebsmittel gedeckte Kapitalbedarf ist von 52,5 Proz. auf 65,2 Proz. gestiegen. Auf 1000 M. Umsatz entfallen 1914 an Betriebsbeständen 411 M. und 1924 nur 363 M.; an eigenen Betriebsmitteln 1914 195 M. und 1924 nur 126 M. Es ist demnach ein recht erheblicher Verlust an eigenen Betriebsmitteln entstanden, der nur durch Neueinzahlungen auf den Geschäftsanteil zum Ausgleich gebracht werden kann.

Verantwortlich für Politik: Victor Schiff; Wirtschaft: Arthur Selzer; Gewerkschaftsbewegung: Friedrich Schöler; Revolution: Dr. John Schimanski; Sozialismus: Emil Kersch; Wissenschaft: Dr. G. H. H. Berlin; Brand: Hermann Buchner; und Verlagsamt: Carl Singer u. Co., Berlin SW. 68, Lindenstraße 2.

**Pressen**  
für Frucht- und Obst- u. Gemüse-Pressen  
Dörrofen  
Obst- u. Beerenmühlen  
Ph. Maylarth & Co.  
Berlin N 4 43 c, Lärchstr. 31.

**Berliner Elektriker-Genossenschaft**  
angeschl. dem Verb. sozialer Baubetriebe  
Berlin N 24, Elsässer Str. 86-88  
Fernsprecher: Norden 1198  
Füllale Westen, Wilmsdorf  
Landhausstr. 4 - Tel. Pilsener 9831  
Herstellung elektr. Licht-, Kraft- und Signalanlagen - Verkauf aller elektrischer Bedarfartikel - Ausführung sämtl. Reparaturen  
Preiswerte, gediegene Arbeit

**Herrn-Halbschuhe**  
braun od. schwarz Dox 9 80

**Herrn-Halbschuhe**  
echt Chevreau mit grauem Leder-einsatz, Rand weiß gedoppelt. 12 00  
do. echt braun Boxrind mit grau Einsatz. 14 00  
**Lack-Herrn-Halbschuhe** und Stiefel mit grau Leder-einsatz, in verschiedenen Sorten, Rand weiß gedoppelt, hohe elegant 19 80  
**Herrnstiefel** echt Boxrind, moderne Form, 42-45 6 90, kräftiges Spallleder. 5 00  
**Herrnstiefel** braun u. schw., in verschied. gut. Ausführung, u. mod. Form 10 90, 12 80, 13 80, 16 80  
**Herrn- u. Damen-Sportstiefel** braun u. schw. m. geschl. Leiche Sub. strapazierfähig. 14 80  
**Damen- u. Kinder-Halbsch.** schwarze breite hübsche, gesundheitliche Formen. 3-35 6 90, 27-30

Orange u. schwarze Spangensch. 1 bis 3 Merk billiger  
Kleinere Kindertiefel, Halbschuhe und Spange in braun u. schwarz in großer Auswahl billig.

**Moderne Fächer-spange** in Lack, braun Box calf, mit u. ohne moderne Verzierungen, erstklassige Luxussohlen in großer Auswahl

**Mod. Lack-Spangenschuhe**  
Sandalettschnitt mit echt Louis XV. Abs., sehr fecht 11 00  
**Mod. Spangensch.** echt Chroml. u. R'Chevr. m. versch. Streifenverz., echt Louis XV. Abs. 10 00

**Braun echt Chevreaux**  
Schnürschuhe, moderne spitze und runde Form. 6 00  
7 90

**Damen-Halbschuhe**  
echt Chevreaux, Chromleder und R'Chevr., flach, od. hob. Abs. 6 90 5 00

**Orig. Goodyear Welt**  
echt Box calf, moderne halbrunde Form, teils braun. 9 00

**Lack-Halbschuhe** mod. Formen, sehr fecht und modern. 9 00

**Pantoffel**. 75, 1.45, 1.95 65 Pf.

**Babyschuhe** entzück. Muster 95 Pf.

**Sandalen** 2 mal weiß gedoppelt, mit u. ohne Doppelsohlen, Turnschuhe etc. etc. in großer Auswahl billig.

**Schwarze Lein-Spangensch.** m. guter Leder sohle 27-30 1 85, 21-26 1 00

**3500 Damen-Leinenschuhe**  
gute Ledersohlen. Paar we. Be. 2 90  
Sponge, Pumps u. Schuhr, moderne Formen, gute Qualitäten und Fabrikate. Paar 4 90, 3 90

**Schuh-Lokal**  
Münzstr. 25 // Kolbuser-Damm 13 // Frankfurter-Allee 54